

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr.: 10/05

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Haushalt und Haushalten: In Mülheim getrennte Welten?! Mit Riesenschritten Richtung
Dritte-Welt-Verhältnisse? **Schulsanierung statt Ruhrbania!** siehe Innenseiten

Mülheim ohne



**Ruhrbania-Baubeginn im Jan.?
Etikettenschwindel und
bei der Haushaltskatstrophe
nicht mehr zu verantworten!**

und mit Ruhrbania



“**Ruhrbania: Januar ist Baubeginn**“ (Mülheimer Woche), “**Ende des Verkehrschaos. Erster Schritt in Richtung Ruhrbania**“ (WAZ) und “**Rückgrat ist gefordert: Ruhrbania**“ (NRZ) lauteten die Überschriften. SPCDFGrüne und Lison verkündeten gemeinsam im Schulterchluss, mit dem Beschluss, die Kaufhofumfahrung für Straßenbahnen wieder abzuschaffen, “stehe die Ruhrbania-Ruhrpromenade vor der heißen Phase“ (NRZ).

Der Beschluss dazu stammt allerdings bereits aus 1995, lange vor den Ruhrbania-Träumereien. Die RP-Genehmigung gab es für “Beschleunigung der Straßenbahnlinie 110“ und mit diesen Maßnahmen ist die Ruhrpromenade noch keinen Schritt weiter. **Alles also Etikettenschwindel und pure Propaganda?**

Fast, bis auf den Punkt nämlich, dass bei der dreijährigen Bauzeit der Umleitungsverkehr quasi als Erziehungsmaßnahme für Ruhrbania über Schloßbrücke, Bergstr. und Nordbrücke gelenkt werden soll. Die breite, unbewohnte Ruhrstraße wird außen vorgelassen. **Das ist Unfug, und bei dem hypersensiblen Thema einer Riesenbaustelle in der Innenstadt fahrlässig!** Den MBI-Antrag, zur nächsten Sitzung dazu erst einmal ein detailliertes Konzept für die zeitliche Abfolge der verschiedenen Einzelbaumaßnahmen vorzulegen, das vor allem auch die Öffnung der Ruhrstraße in beide Richtungen für den Umleitungsverkehr enthält, stimmten SPD, CDU, FDP und Grüne gnadenlos nieder. Letztendlich wird die überflüssige Ruhrpromenade mit ihrem „neuen Stadtquartier am Fluss“ incl. Hafenbecken genauso wie das Duisburger Multicasa im Bereich von Wolkenkuckucksheim enden. Frage ist nur, wieviel Geld und Energien vorher verpulvert wurden!

Ob in der Fr.-Ebert-Str. ein neuer Kanal verlegt wird, Bahnen wie Busse demnächst wieder vor dem Kaufhof halten und der Autoverkehr dort dann nicht mehr durch kann, das präjudiziert nichts, eher im Gegenteil: Bereits der Umleitungsverkehr während der jahrelangen Bauzeit über beide Brücken wird den Druck massiv erhöhen, die Ruhrstr. in beide Richtungen zu öffnen. Wenn sie dann für die Ruhrpromenade auch noch zusätzlich ganz aus dem Verkehr genommen werden sollte, wird das gegenüber Autofahrern und Kaufleuten kaum durchzuhalten sein!

Wenn aber die Ruhrstr. jetzt für den Umleitungsverkehr in beide Richtungen geöffnet würde, käme dies einem Endzustand ohne Ruhrpromenade schon sehr nah und die Promenadenträume würden noch schneller platzen.

Das wissen auch die Verfechter dieser Promenade mit neuem Quartier und Hafenbecken. Deshalb hat ihr Kurs auch etwas von Harakiri an sich! Wieviel heute existente Geschäfte in der Innenstadt die Beeinträchtigungen der nächsten

Jahre überleben werden, das darf man getrost schon einmal fragen!
Nach den Erfahrungen mit unkoordinierten und z.T. chaotischen Straßenbaumaßnahmen in Speldorf und Dümpten und dem höchst dilettantischen Wiederöffnen des Linksabbiegers von der Friedrichstraße zur Schloßbrücke muss man befürchten:



Chaos pur, in Mülheim an der Ruhr?

“Bei der gegebenen Finanzlage wird das Land viele Leuchtturmprojekte nicht mehr mitmachen können“, so der neue NRW-Städtebauminister Wittke



Mülheim auf Crashkurs?! MBI fordern: Schulsanierung statt Ruhrbania!

Nach 8 Jahren nicht genehmigungsfähigem Haushalt und vorläufiger Haushaltsführung ist auch der Mülheimer Etatentwurf für 2006, in der Ratsitzung am 29. Sept. vorgestellt, eine Bankrotterklärung in reinster Form!

Hilfe aus Düsseldorf, Berlin oder Brüssel ist kaum zu erwarten. Schönfärberei und unbezahlbare, windige sog. „Leuchtturmprojekte“ können die Riesenkrise bald dramatisch werden lassen. Deshalb: die Zeit ist überreif für die seit Jahren von den MBI erhobenen Forderungen: **„Ruhrstadt statt Ruhrbania“ und „Vorrang für Schulsanierung“**

Die kommunale Aufsichtsbehörde, sprich Regierungspräsident Büssow, durfte auch den Mülheimer Haushalt 2005 nicht genehmigen, also gilt weiter als Nothaushaltsrecht.

Bereits den Doppelhaushalt 1998/99 von Schwarz-Grün konnte der RP nicht genehmigen, weil damals 23 Mio DM fehlten. Seither war kein Haushalt mehr genehmigungsfähig - weder unter OB Baganz (CDU), noch unter OB Mühlenfeld (SPD). 2005 beträgt das Haushaltloch ca. 100 Mio Euro, also 200 Mio DM (im Vergleich zu 23 Mio 1999!), und das obwohl in der Zwischenzeit unser wichtigstes Tafelsilber (RWW-Anteile, Müll+Straßenreinigung, Abwasser und z.T. RWE-Aktien) verkauft wurde.

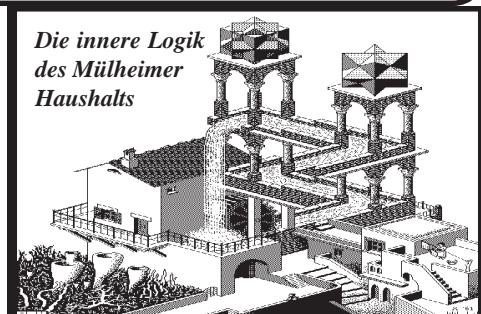
Die Prioritätenliste der städt. Ausgaben musste überarbeitet werden. Anstatt der vorgesehenen 23 Mio Euro darf die Stadt in 2005 nur noch 13 Mio für Investitionen ausgeben - in 2006 noch weniger. Da die Ruhrbania-Fans von SPD, CDU, FDP und Grünen beim Prestigeobjekt nichts streichen wollen, trifft es hauptsächlich Schulen und Sportstätten. Der Immobilienservice schreibt dazu :

„... eine ordnungsgemäße Nutzung zahlreicher Immobilien ist nicht mehr möglich (Teil-) Schließungen zahlreicher städtischer Gebäude aufgrund von Unfall- und Gesundheitsgefahren unvermeidlich Schon jetzt ... in etlichen Gebäuden Verstöße gegen rechtliche Bestimmungen zur Gebäudesicherheit und Gesundheitsgefahren für die Nutzer (z.B. durch Schadstoffe oder Schimmelbefall) in Kauf genommen“

Der NRZ war zu entnehmen, dass die Toiletten in verschiedenen Mülheimer Schulen auf Dritte-Welt-Niveau heruntergekommen sind.

Der Sanierungstau an Mülheimer Schulen soll im Bereich zwischen 80 und über 100 Mio. Euro liegen, in 2000 waren es noch ca. 40 Mio. DM!

Woher das Geld dafür kommen soll, ist ungewiss, nachdem in den letzten Jahren trotz Haushaltssperre freizügig die Gelder in großem Maße verpulvert wurden, z.T. im Vorgriff auf Ruhrbania-Luftschlösser wie die Anmietung des SWB-Wohnturms auf 25 Jahre als technisches Rathaus, damit der Rathausteil Ruhrstraße abgerissen werden kann, oder die



Die innere Logik
des Mülheimer
Haushalts

Anmietung des leerstehenden ex-Möbel-Nohlen-Gebäudes auf 25 Jahre, um das Bürgeramt vom Viktoriaplatz zu verlagern, damit dort das Medienhaus hin kann, wofür dann die Bücherei abgerissen werden soll für neue Wohnungen bzw. Büros an der zukünftig angedachten Ruhrpromenade. Mißwirtschaft und Selbstbedienungsmentalität haben die städtischen Töchter MEG und MST zu Fässern ohne Boden gemacht, was die Stadt noch sehr lange viel Geld kosten wird.

Der Ankauf von Grundstücken im Hafen, ohne dass irgend ein realistisches Konzept für die sog. „maritime Meile“ vorliegt, das hohe Ausfallrisiko für ein großkotziges Gründerzentrum im ex-Siemens-Hauptgebäude auf Jahrzehnte, Millionen für den Naturbadbau in Styrum als ungewisses, nicht benötigtes Abenteuer, uswuf. - Alles Beispiele aus den letzten 12 Monaten, die den Handlungsspielraum auf Jahre deutlich weiter einengen werden.

Warum der RP als Aufsichtsbehörde das alles geschehen ließ, ist nicht nachvollziehbar!

Als Steuer- und Gebührenzahler aber wird einem nur noch schwindelig!!!

Bei höheren Pöstchen ist in Mülheim überhaupt kein Sparwille erkennbar, im Gegenteil. Seit Jahren wurden alle möglichen Bereiche ausgegliedert als Eigenbetrieb bzw. GmbH:

Immobilienervice, Grün&Wald, EB Kultur, MSS, MST, MVG, M&B, SEM und MEG. Jede der Ausgliederungen brauchte Werksleiter und ein oder zwei Geschäftsführer. Dezernate und Ämter blieben aber zum größten Teil bestehen, die Gesamtzahl der leitenden Stellen erhöhte sich also deutlich. Wenn die Möglichkeit der Ämterzusammenlegung besteht, wird sie z.T. nicht wahrgenommen - vgl. Ordnungs- und Rechtsamt in diesem Jahr - und die Zahl der Dezernenten bleibt, weil alles zwischen SPD und CDU bzw. Grünen von langer Hand so abgesprochen ist.

Dezernent Horn geht im April in Ruhestand. SPD und CDU haben den Posten für die CDU vorgesehen (ausgetauscht), damit dann die SPD den Nachfolger von Cleven stellen kann. Dabei könnte Horns hochdotierter Posten problemlos gestrichen werden. Deshalb hatten die MBI beantragt, die freiwerdende Dezernentenstelle einzusparen und die für den evtl. Nachfolger verbleibenden Aufgaben auf andere Dezernate zu verteilen. Der plötzliche Wechsel des Kämmerers zur MEG - mitten in der Amtszeit! - aber stinkt zum Himmel.

Unglaublich, dass SPD, CDU und Grüne direkt im Anschluss an die Einbringung des Katastrophenetats einen neuen Kämmerer (per Tischvorlage!) und einen neuen Kulturdezernenten beschlossen!

Die Realitätsresistenz von OB + SPD + CDU + Grünen hat etwas Unwirkliches, aber auch sehr Bedrohliches! Wen vertreten diese „Volksvertreter“ denn, wenn sie solche Beschlüsse fassen?

MBI-Forderungen für eine ernstgemeinte Haushaltssanierung :

1. **Sicherung des Bestandes statt Neubauten und windiger Ideen**, in der Hoffnung auf Fördergelder aus leeren Landes- und Bundestöpfen
2. **Konsequenter und sofortiger Beginn interkommunaler Durchleuchtung aller Bereiche, um über Kooperationen, Zusammenlegung usw.** um die zerstörerische Konkurrenz der Ruhrgebietskirchtürme endlich anzugehen.
3. **Einstieg in einen ernsthaften und auch für die Bürger transparenten Haushaltsentwurf**, der nicht nur Zeit gewinnen will. **Haushaltssanierung muss wirklich gewollt sein!**
4. **Schlendrian und Filz müssen endlich angegangen werden.** Ernsthafte Haushaltssanierung ist ohne nicht möglich!
5. **Haushaltssanierung muss auch glaubwürdig sein**, d.h. z.B. im Personalbereich **Einsparung von oben nach unten** und nach Gesichtspunkten der Notwendigkeit für die Bürger, aber nicht die Beschränkung von Dienstleistungen im Rasenmäherprinzip. Es gibt keine Alternative dazu, **Dezernenten- und Amtsleiterstellen deutlich zu reduzieren** und dann abzuschaffen, wenn sich die Möglichkeit bietet, wie jetzt bei dem Horn-Dezernat.



Man glaubt es kaum:

Bei schrumpfender Bevölkerung immer neue Bebauungspläne! Jüngste Beispiele "Schöner Wohnen auf Giftmüll" an Kühlen-/Kreuzstr.; Neptunweg/ Mergelstr./Friedhofstr. (siehe Bild vom Neptunweg heute); August-Thyssen-Str./Alpenbach in Mintard; in Kürze Honigsberger Str./Fünterweg und das "neue Quartier" an der Ruhrpromenade mit Wohnungen in/auf Stadtbad, Rathaus, Ruhrstr., Bücherei, Gesundheitshaus und Ruhranlagen!

MBI-Antrag erfolgreich: Stadt muss Müllgebühren senken

Die MBI stellten im September den Antrag, eine Senkung der Müllgebühren für 2006 zu beschließen, um die 1999 bis 2002 aufgelaufenen Gebührenüberschüsse von 3,3 Mio an die Gebührenzahler zurückzugeben.

Die 3,3 Mio werden nun bei der Gebührenveranlagung für 2006 verrechnet, musste Dezernentin Sander zähneknirschend im Hauptausschuss im September zugestehen. Inwieweit eine Senkung der Gebühren damit verbunden sei, wollte und konnte sie noch nicht sagen. Da aber 3,3 Mio bei einem Gebührenaufkommen von etwa 13 Mio Euro sehr viel ausmacht, wird die Stadt kaum um eine Gebührensenkung herumkommen!

Die Stadt ist nach § 6 Absatz 2 Satz 3 KAG (Kommunalabgabengesetz) verpflichtet, nicht verwendete Gebührenüberschüsse innerhalb von 3 Jahren auszugleichen, d.h. über eine entsprechende Gebührensenkung an die Gebührenzahler zurückzugeben.

Obwohl zumindest ein Teil der Überschüsse eigentlich schon beim Gebührenbescheid 2003 bzw. 2004 in Form von Gebührensenkung hätte berücksichtigt werden müssen, geschah das auch nicht in 2005!

In 2003 wollte man die 3,3 Mio Euro zuerst zur Stopfung der Finanzlöcher der MEG nehmen. Doch die MBI konnten dieses ungesetzliche Vorhaben verhindern. In 2004 weigerten sich Verwaltung und Parteien noch, dem MBI-Antrag zuzustimmen und das Geld wie vorgeschrieben an die Gebührenzahler per Gebührensenkung zurückzugeben.

Beim erneuten MBI-Vorstoß in 2005 gab es aber keine Möglichkeit mehr.

Auch der Stadt war klar, dass ansonsten jeder Gebührenzahler dies risikolos hätte einklagen können!

Energiegeheimnis gelüftet: Die MEDL-Überschüsse sind 2004 um 25% gestiegen! MBI fordern Gaspreisstabilität für die kommende Heizperiode

Der MBI-Antrag, in Mülheim die Gaspreise zumindest für die kommende Heizperiode 2005/2006 nicht zu erhöhen, wurde im Hauptausschuss am 22. September von SPD, CDU, FDP und Grünen abgelehnt, einzig die MBI stimmten dafür!

Die MEDL-Chefs rechneten vor, dass die Gasbeschaffungskosten sich um 9 Mio Euro erhöhen würden, die bei Gaspreisstabilität von den Überschüssen abgezogen werden müssten. In 2004 waren das 10,6 Mio Euro, 25% mehr als in 2003, doch diese Überschussexplosion habe mit der Gaspreiserhöhung nichts zu tun. Die Beschaffungsmehrkosten sollen angeblich 25% der Gesamtkosten ausmachen. Das ist alles nicht so einfach nachzuvollziehen und auch nicht ganz glaubhaft.

Die MBI ergänzten deshalb ihren Antrag, der auch auf der Tagesordnung der Ratsitzung stand, um den Zusatz, dass einer erneuten Preiserhöhung erst zugestimmt werden soll, wenn die Preiskalkulationen unabhängigen Experten vom Energieverbraucherbund offengelegt werden. Dieses Mal stimmten SPD, CDU, FDP und Grüne den Antrag dreist sogar ganz von der Tagesordnung! Zwei Tage vorher hatte der medl-Aufsichtsrat eine weitere Gaspreiserhöhung für 1. November beschlossen. OB Mühlenfeld als Aufsichtsratsvorsitzende weigerte sich aber in der Ratsitzung Auskunft über die Höhe zu geben. Auch deshalb empfehlen die MBI, gegen diese Erhöhung auf jeden Fall Widerspruch einzulegen, denn sie scheint nach & 315 BGB nicht gerechtfertigt, solange die medl die "Billigkeit" nicht durch Offenlegung ihrer Kalkulationen nachweist!



Das Allerletzte: Der "Traum vom Stadion" für den VfB Speldorf in der Ruhraue Mintarder Str., wofür die Sportplätze Hochfelder Straße und Blötterweg als Bauland verkauft werden sollen (WAZ vom 19.10.). Selbst wenn das Geld dafür noch vorhanden wäre: Was ist z.B. mit den Grundschulern von Arnoldstr. und Blötterweg, die sollen dann per Bus zum Sportplatz? Kurzum: **Unbezahlbare Luftblasen in Serie?**